

Bericht des Kooperationsrates für die Synoden der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau haben durch den Kooperationsvertrag zum 1. Januar 2013 eine verbindliche Kooperation (§1) in den Aufgabengebieten „Mission und Ökumene“, „Religionspädagogik“, „Akademiarbeit“ und „Theologische Aus- und Fortbildung“ vereinbart. Zugleich wurde für die Kooperationsfelder „Mission und Ökumene“ und „Religionspädagogik“ die Errichtung zweier gemeinsamer Einrichtungen beschlossen (§2): Das Zentrum Ökumene in Frankfurt, in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und das Religionspädagogische Institut in Marburg, in Trägerschaft der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Zur Begleitung der Umsetzung, zur weiteren Abstimmung über die Kooperationsfelder und zur Berichterstattung an beide Synoden (§8) ist seit dem 25. Februar 2013 ein Kooperationsrat eingesetzt, dessen Amtszeit 6 Jahre beträgt. Dem Kooperationsrat gehören je vier von der Kirchenleitung der EKHN und dem Rat der Landeskirche der EKKW bestimmte Mitglieder an.

Seit 2019 besteht der Kooperationsrat aus folgenden Personen:

für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau Pfr. Wolfgang Prawitz (Vorsitzender bis 09.09.2022, Stellv. Vorsitzender ab 09.09.2022), OKRin Dr. Melanie Beiner, Propst Matthias Schmidt und OKR Sönke Krützfeld

für die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck OLKRin Claudia Brinkmann-Weiß (Stellv. Vorsitzende bis 09.09.2022, Vorsitzende ab 09.09.2022), Pröpstin Sabine Kropf-Brandau, OLKRin Dr. Gudrun Neebe und Präses Dr. Michael Schneider (seit Juni 2022)

Der Vorsitzende des Kooperationsrats hat an einer Klausur der Referent*innen der beiden Landeskirchen teilgenommen, bei der es um die Frage künftiger weiterer Kooperationen ging (§ 12), denn es gibt gewachsene Kooperationen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen beider Kirchen. Der Rat der Landeskirche und die Kirchenleitung haben Arbeitsgruppen beauftragt, weitere Kooperationen auszuloten. Außerdem soll die Gründung eines Verbands als Träger künftiger gemeinsamer Einrichtungen vorbereitet werden.

Der Kooperationsrat hat festgestellt, dass die im Kooperationsvertrag vorgesehene Rechtsangleichung in den Kooperationsfeldern (§ 11) noch nicht sehr weit gediehen ist. Insbesondere die Situation im RPI mit den deutlichen Unterschieden in der Vergütung der Studienleiter*innen konnte mit einem Vorschlag des Kooperationsrats einer einvernehmlichen Lösung der Kirchenleitung und des Rats der Landeskirche zugeführt werden.

Zum 01.01.2023 ändert sich die Umsatzbesteuerung durch Inkrafttreten des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) grundlegend. Die derzeitige rechtliche Aufstellung der Kooperationen zwischen der EKHN und der EKKW könnte künftig zu einer Umsatzsteuerpflicht der wechselseitigen Zahlungen zur Finanzierung der Einrichtungen des Zentrums Oekumene und des Religionspädagogischen Instituts führen, weil die Voraussetzungen für eine Nichtsteuerbarkeit nach § 2b UStG nicht vorliegen. Deshalb hat sich der Kooperationsrat intensiv mit dem Entwurf eines Kirchengesetzes zur Transformation des Kooperationsvertrages zwischen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck befasst. Der Gesetzentwurf liegt den Synoden gemeinsam mit dem überarbeiteten Kooperationsvertrag zur Beschlussfassung vor. (Weitere Information dazu finden sich in der entsprechenden Drucksache.)

Der Kooperationsvertrag sieht die Evaluierung der Finanzierung der gemeinsamen Einrichtungen nach acht Jahren vor (§ 10,5), diese war deshalb in 2021 durchzuführen und dem Rat der Landeskirche und der Kirchenleitung darüber zu berichten. Der Kooperationsrat hat sich deshalb von den Koordinierungsgruppen der beiden Zentren einen schriftlichen Bericht über die finanzielle Entwicklung in den Jahren 2013 bis 2021 vorlegen lassen und die Finanzreferenten beider Kirchen um eine schriftliche Stellungnahme dazu gebeten. Beide Zentren hatten in diesen acht Jahren eine Einsparauflage in Höhe von 1 %, ohne jeden Ausgleich für Inflation oder Gehaltssteigerungen, zu erfüllen, was beiden Zentren gelungen ist. Das heißt, dass beide Einrichtungen in den ersten acht Jahren ihres Bestehens brutto über 20% Kürzung zu verkraften hatten. Die Finanzreferenten hielten in ihrer Stellungnahme fest: „Die Synergien infolge der Kooperation scheinen mittels der erzielten Einsparungen aus Finanzsicht realisiert. In Summe beider Arbeitsbereiche ist die Zielmarke für das Jahr 2022 erreicht worden.“ Der Kooperationsrat hat in seinem Evaluationsbericht an die Marburger Konferenz (Konferenz des Rates der Landeskirche und der Kirchenleitung) folgende Empfehlungen ausgesprochen:

1. Fortsetzung der bisherigen, bewährten Kooperationen im ZOE und RPI.
2. Ernsthaftes Angehen der beiden im Kooperationsvertrag bereits benannten Kooperationsbereiche „Akademien“ und „Theologische Aus- und Fortbildung“.
3. Erschließung weiterer Kooperationsbereiche und Prüfung der rechtlichen Möglichkeit eines Trägerverbandes.
4. Beförderung von Rechtsangleichungen, wo diese mögliche sind.
5. Beibehaltung des Finanzierungsschlüssels (1/3 EKKW, 2/3 EKHN).
6. Der Kooperationsrat rät dringend von einer Fortsetzung der bisherigen jährlichen Einsparquote von 1,0 Prozent des Kirchensteuerzuschussbedarfs ab.
7. Beschlüsse zur Reduzierung der Mittel der gemeinsamen Zentren sind mit Beschlüssen zur Prioritätensetzung in den Aufgaben und Angeboten der Zentren zu verbinden.

Sowohl die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau als auch die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck befinden sich in tiefgreifenden Transformationsprozessen. Die Mitglieder des Kooperationsrats haben sich über die entsprechenden Prozesse in ihren Landeskirchen ausgetauscht. Der Kooperationsrat hat die Koordinierungsgruppen der beiden Einrichtungen um jeweils eine Vorlage gebeten, in der beschrieben ist, welche Kürzungsaufgaben zu welchen inhaltlichen Veränderungen und Einschränkungen der Arbeit führen würden (vgl. Ziffer 7 der Empfehlungen). Er hat diese Unterlagen an die Kirchenleitung und den Rat der Landeskirche weitergeleitet, damit sie in die weiteren Prozesse der Landeskirchen eingebracht werden können.

Der Kooperationsrat hat sich mit Einsparszenarien der beiden Einrichtungen intensiv befasst und legt die Szenario-Berichte diesem Bericht zur Konkretisierung seiner Empfehlungen als Anlagen bei. Der Kooperationsrat erinnert an seine Empfehlung zur Finanzierungsevaluation in Ziffer 7 (siehe oben) und bittet auf dieser Grundlage die beiden Kirchen folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Das Religionspädagogische Institut und das Zentrum Ökumene sollen auch künftig als gemeinsame Einrichtungen der beiden Landeskirchen geführt werden.
2. Für mögliche Einsparungen ist zu berücksichtigen, dass in den beiden Zentren Aufgaben konzentriert wurden, die einen hohen Verpflichtungsgrad aufweisen, (a) gegenüber staatlichen Stellen (z.B. Religionsunterricht nach Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz), (b) gegenüber anderen Landeskirchen und kirchlichen Einrichtungen (z.B. Brot für die Welt, Partnerkirchen, Missionswerke) sowie (c) durch strukturelle Vorgaben in Kirchengesetzen (z.B. Grundordnung).
3. Die Finanzaufweisungen an beide Einrichtungen sollen künftig allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen (Inflationsausgleich).

Die beiden folgenden Berichte des Zentrums Ökumene und des Religionspädagogischen Instituts geben Einblick in die gemeinsame Arbeit. Sie zeigen, wie sich die Arbeit auf den beiden Kooperationsfeldern heute darstellt und vor welche Aufgaben und Herausforderungen die Einrichtungen stehen. Die Berichte haben den Stand von August 2022.



Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck

Strategisch wichtiges - Entwicklungen während Corona - Herausforderungen für die nächsten Jahre

Im Berichtszeitraum Sommer 2020 bis Sommer 2022 hat es erhebliche personelle Veränderungen im Zentrum Oekumene gegeben. Insgesamt wurden 8 Referent*innen aus ihren Aufgabenbereichen verabschiedet – 6 davon in den Ruhestand. Von diesen Stellen konnten 5 neu besetzt werden (Brot für die Welt, Friedensbildung, Interreligiöser Dialog Judentum und Naher Osten, Interreligiöser Dialog Islam, Interkulturelle und Diversity Bildung) und bei zwei Stellen läuft gegenwärtig das Besetzungsverfahren. Eine Stelle bleibt bis zur Klärung der Einsparauflage für das Zentrum Oekumene unbesetzt. Im Bereich der Sekretariate, Sachbearbeitung und Öffentlichkeitsarbeit wurden 4 Kolleginnen verabschiedet (auf insgesamt 3 Stellen). Im Bereich der Sekretariate und Sachbearbeitung wird befristet ein Modell erprobt, das langfristig eine Stellenreduzierung um 0,4 Stellenanteile ermöglichen kann.

Alle Stellen, die bisher wiederbesetzt wurden, konnten mit hochmotivierten und hochkompetenten Personen besetzt werden. Vor allem im Bereich der Referent*innen sind Inhalte und Schwerpunkte der Stellen immer auch vom Profil der Stelleninhaber*innen geprägt. Dies wird sich auch im Themenprofil der neubesetzten Stellen widerspiegeln. Für das kommende Jahr 2024 stehen im Bereich der Referent*innen zwei weitere Ruhestandsversetzungen an.

Diese personellen Veränderungen, die ausstehenden Stellenbesetzungen sowie die offen gehaltenen Stellen geben der Leitung die Möglichkeit, inhaltlich und strategisch auf die erwarteten Sparauflagen für das Zentrum Oekumene zu reagieren. Vorschläge dazu, sind in einem Konzeptionspapier mit unterschiedlichen Szenarien dem Kooperationsrat vorgelegt worden. Für das Arbeiten im Zentrum Oekumene und für die Motivation der Mitarbeitenden ist eine zeitnahe Entscheidung über die Höhe der Einsparungen und deren konzeptionelle Umsetzung in den nächsten Jahren hilfreich.

Die Folgen der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen haben die Arbeits-, Beratungs- und Kommunikationszusammenhänge auch 2021 und 2022 deutlich geprägt. Das mobile Arbeiten ist für alle Mitarbeitende ermöglicht worden und wurde gerne angenommen. Mit der MAV konnte eine Dienstvereinbarung abgeschlossen werden, die auch künftig 2 Tage mobiles Arbeiten in der Woche ermöglicht. Videokonferenzen sind zum Alltag geworden und in deren Moderation und Administration konnten die Mitarbeitenden geschult werden. Nachdem nun seit Frühjahr diesen Jahres das Zentrum Oekumene auch wieder für Veranstaltung und Besucher*innen geöffnet ist und eine Rückkehr in das analoge Arbeiten und zu präsentischen Beratungs-, Sitzungs- und Veranstaltungsformaten begonnen hat, ist nun die Herausforderung, die jeweils richtigen Formate aus rein analogen, hybriden und ausschließlich digitalen zu finden. Gegenwärtig sehen sich die Referent*innen einer hohen Nachfrage an präsentischen Beratungs-, Gesprächs- und Veranstaltungsanfragen gegenüber. Erste Besuche in den Partnerkirchen der EKHN und EKKW haben in den letzten Monaten bis auf Leitungsebene wieder stattgefunden (Bischöfenskonsultation der EKKW in Estland, Pastoralkolleg in Südafrika, Kirchenleitungsbesuch der EKHN in der indonesischen Partnerkirche GMIM). Erste Partnerschaftsgruppen werden noch in diesem Jahr wieder zu Besuchen in der EKHN und EKKW erwartet.

Die Monate der Corona-Pandemie wurden auch genutzt, um Projekte zum Abschluss zu bringen. So konnte unter anderem der Kirchenleitung der EKHN das Orientierungspapier „Zum Verhältnis des Christentums zum Islam. Impulse für eine theologische Orientierung“ vorgelegt werden, das von dieser zur weiteren Debatte empfohlen wurde (<https://www.zentrum-oekumene.de/fileadmin/redaktion/Religionen/Verhaeltnisbestimmung-Christentum-Islam->

[Druckvers02.pdf](#)). Ebenso wurde ein Grundsatzdokument zum künftigen Aufgaben- und Themenfeld des Zentrums Oekumene unter dem Titel „Zukunft Ökumene“ (<https://kurzelinks.de/ZukunftOekumene>) veröffentlicht.



Das erste digitale Spiel zum Fairen Handel und globaler Gerechtigkeit für Gruppen junger Erwachsener und Jugendlicher ab 14 Jahren wurde veröffentlicht. Die Idee zu dem Spiel „faironauten“ entstand im Zentrum Oekumene und die Entwicklung der Spiele-App wurde von Referent*innen begleitet.

Mit dem Beginn des Krieges von Russland gegen die Ukraine haben sich Arbeitsschwerpunkte im Zentrum Oekumene noch mal neu sortiert. Nahezu alle Arbeitsbereiche sind davon betroffen durch: Beteiligung an den friedensethischen Debatten; Anfragen aus Gemeinden, Dekanaten, Kirchenkreisen und der Zivilgesellschaft; Gespräche und Vorträge in Pfarrkonventen, Kirchengemeinden, Friedens- und zivilgesellschaftlichen Gruppen; Anfragen und sich daraus ergebende Beratungen und Hintergrundinformationen zur Orthodoxie (vor allem zur komplexen Lage der Orthodoxie in der Ukraine und den Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Moskauer Patriachat); Entwicklung von liturgischen Materialien zu Friedensfragen; regelmäßige internationale Friedensgebete unter Beteiligung der Partnerkirchen; Mitarbeit in den Krisenstäben von Kirche und Diakonie; Betreuung der Mail ukraine@ekhn.de. Gegenwärtig zeichnet sich nicht ab, dass der Krieg bald beendet wird. Es ist davon auszugehen, dass er auch künftig Arbeitsschwerpunkte im Zentrum Oekumene maßgeblich mitbestimmen wird.

Im Vorfeld der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe (31.08.-08.09.2022) waren einzelne Referent*innen und die Leitung mit in Vorbereitungen eingebunden. Im Begleitprogramm der Vollversammlung war das Zentrum Oekumene mit der Ausstellung „Frieden geht anders! Aber wie? – Beispiele ziviler Konfliktlösung“ sowie mit Workshops zu friedensethischen Fragen und Migration präsent. Nach der Vollversammlung wird zu prüfen sein, wie die Anregungen und Ergebnisse in den kommenden Jahren für die EKHn und EKKW und ihre Gemeinden aufbereitet und eingebracht werden können.

OLKRin Claudia Brinkmann-Weiß, OKR Detlev Knoche – 5. September 2022



Bericht des RPI für 2021 für die Sitzung des Kooperationsrates am 9.9.2022 Entwicklung während der Corona-Pandemie

1. Generell führte die Coronakrise sowohl in den Schulen als auch im RPI zu einem allgemeinen **Digitalisierungsschub**. Gleichzeitig wurde die besondere **Bedeutung des Faches Religion** als ein Fach, das Resilienz stärkt, zur Selbstvergewisserung beiträgt, Gemeinschaft und Kommunikation fördert sowie in allen Erschütterungen beständig die Grundfragen des menschlichen Lebens thematisiert, deutlich. Organisatorisch wurde der Religionsunterricht in Zeiten der Krise oft in **konfessionsübergreifenden Gruppen** oder im Klassenverband erteilt. Alle diese Entwicklungen haben Wirkung auch über die akute Krise hinaus.
2. Das RPI selbst ist gestärkt aus der **Coronakrise** hervorgegangen. Die digitale Infrastruktur wurde bereits sehr früh für alle Mitarbeitenden (Studienleitungen wie Sekretariate) in hoher Qualität zur Verfügung gestellt und Mitarbeitende wurden geschult. Trotz der coronabedingten Einschränkungen war dadurch das RPI durchgängig arbeitsfähig und wurde von Lehrkräften als Unterstützungssystem intensiv genutzt.
3. Die Corona-Krise hat sowohl den Schüler*innen und Eltern viel abverlangt als auch den Lehrkräften. Insofern stand das Thema **Resilienz** oft im Vordergrund der RPI-Angebote. Beratung und Austauschmöglichkeiten, aber auch vermehrt spirituelle Angebote wurden gebraucht und wurden in Anspruch genommen.
4. Vor allem die Arbeit der **Schul- und Krisenseelsorge** war stark von den psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen durch die Pandemie bestimmt. Schulseelsorger*innen brauchten Unterstützung für diese Aufgabe. Das RPI bot Material, Austausch, Fortbildung und Beratung.
5. Drückt man die Arbeit des RPI in **Zahlen** aus, so stellt man fest, dass die Zahl der Veranstaltungen und der Teilnehmenden an den Fortbildungen des RPI trotz Corona gestiegen ist. Von 379 geplante Veranstaltungen fanden 296 statt (im Vorjahr 277), davon 57 Tagesveranstaltungen (989 Teilnehmende), 230 Halbtagsveranstaltungen (4325 Teilnehmende und 9 mehrtägige Veranstaltungen (445 Teilnehmende). Mit den Tages- und Halbtagsveranstaltungen erreichte das RPI im Berichtszeitraum 5314 Teilnehmende (Vorjahr: 4007). Insgesamt erreichte das RPI 5759 Teilnehmenden (Vorjahr 4969).

Strategisch Wichtiges in der Arbeit des RPI

1. Interreligiöses Lernen

Die religionspädagogische Arbeit an Schulen in der Zukunft wird stärker interreligiös ausgerichtet sein müssen - bei aller Differenzierung in den unterschiedlichen Regionen. Das digital angelegte Projekt „**relithek.de**“ fördert interreligiöses Lernen und findet in Kooperation mit der Universität Frankfurt statt. Dazu wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Die „relithek.de“¹ wird mittlerweile in Hessen in der staatlichen Lehrerbildung als Ressource genutzt und einige Verlage integrieren die Plattform in ihre Schulbucherstellung. Die Veranstaltungsreihe „**Lernen im Dialog**“ bestehend aus sieben Modulen wurde im letzten Jahr zum sechsten Mal in Folge in Kooperation mit dem HKM und dem PZ Naurod durchgeführt und richtet sich an interreligiös zusammengesetzte Lehrer*innenteams. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde die Fortbildung in modifizierter Form auch im Bereich Kassel angeboten. Ein die Modulreihe *Lernen*

¹ www.relithek.de

im *Dialog* vertiefendes Angebot - „Religionssensibles Coaching“ – zur interreligiösen/interkulturellen Kompetenz wurde in Kooperation ebenfalls mit den o.g. institutionellen Partnern erfolgreich realisiert.

2. Schulseelsorge

Der Weiterbildungskurs Schulseelsorge wurde neu konzipiert und qualifiziert nun auch Lehrkräfte für Schulseelsorge. Der neue WBK-SSS besteht zukünftig aus zwei Modulen für Pfarrpersonen oder Lehrkräfte.

3. Ukraine Krieg

Noch in der Corona Zeit begann der Ukraine-Krieg. Auch hier waren die Schulseelsorge und die Krisenseelsorge gefordert: Kinder und Jugendliche wurden intensiv seelsorglich begleitet. Das RPI lud unmittelbar nach Kriegsausbruch in allen Regionen zu Gesprächsrunden ein, die über Schulform- und Konfessionsgrenzen hinweg sehr gut angenommen wurden: Zum einen konnten die Lehrkräfte in einem geschützten Raum über ihre Erfahrungen in der Schule berichten und miteinander ins Gespräch kommen. Zum anderen wurden Materialien und Best Practice-Beispiele vorgestellt, um das Thema in der Schulgemeinde mit Unterrichtsbausteinen, Gebetstexte und Impulse für religiöse Aktionen an den Schulen aufgreifen zu können. Eine spezielle Webseite wurde erstellt.² Auch für die Konfi-Arbeit wurde zusätzlich eine bundesweite Homepage der ALPIKA Konfi-Arbeit³ zur Verfügung gestellt.

Herausforderung für die nächsten Jahre

1. Die **Rückkehr** in eine (veränderte und sich weiter verändernde) Normalität nach der akuten Corona-Krise ist gekennzeichnet durch folgende Prozesse: - **Veranstaltungen und Fortbildungen**. Viele Lehrkräfte bevorzugen weiterhin Online-Seminare, die offensichtlich leichter in den normalen Alltag integrierbar sind und Fahrzeiten ersparen. Das RPI reagiert auf diese Herausforderung mit der Entwicklung neuer Formate, wie bspw. hybride Veranstaltungen. - Die **Publikationen des RPI** werden zunehmend digitaler. Die institutseigene Zeitschrift „RPI-Impulse“, ist zunehmend crossmedial strukturiert. Sie wird über EKKW/EKHN hinaus genutzt und ist zugleich ein wichtiges Instrument der Mitgliederpflege für beide Landeskirchen. Zu den bestehenden Publikationen kam im RPI in der Coronazeit ein eigener Podcast hinzu, der „relpod“. - Die **regionale Arbeit** des RPI ist neu zu strukturieren. Online angebotene Fortbildungen sind beispielsweise nicht regional begrenzt. Die Regionale Arbeit wird noch mehr zu einer Netzwerkarbeit mit verstärkten Beratungsanteilen. Diese Präsenz vor Ort ist gerade in der Zeit regionaler Umbauprozesse (Kooperations- und Nachbarschaftsräume) strategisch zunehmend wichtig. - Die Zukunft der regionalen **Bibliotheken wird intensiv bedacht**. Als einen ersten Schritt hat das RPI seine Bibliotheken mit Lernmaterialsammlungen ergänzt, damit Lehrkräfte zu Unterrichtsmaterial, das nicht in digitaler Form zur Verfügung steht, wie bspw. Erzählfiguren in allen Regionen Zugang erhalten.

2. Die Zukunft des Religionsunterrichts erfordert intensive konzeptionelle Arbeit. So hat das Land Rheinland-Pfalz beispielsweise unter maßgeblicher Mitwirkung des RPI mittlerweile mit der Einführung eines **konfessionell-kooperativen Religionsunterrichtes begonnen**. Zwei Pilotschulen werden derzeit betreut. In Hessen scheint sich ein ähnlicher Weg zu eröffnen. Die beiden Landeskirchen EKKW/EKHN haben einen gemeinsamen Prozess der „Runden Tische“ gestartet, um projektorientiert an ausgewählten Schulen einen interreligiös-dialogischen Religionsunterricht auszuprobieren. Hier wird ein Schwerpunkt der Arbeit des RPI in den kommenden Jahren sein. Besonders zu bedenken sind dabei auch die konfessionsfreien

² <https://www.rpi-ekkw-ekhn.de/home/bereiche/rpi-links/rpi-material/material-und-info-in-der-corona-krise>

³ <https://konfi-arbeit.de/2022/02/konfi-material-zum-thema-frieden/>

Schüler*innen. Ebenso ist die Kooperation mit dem Fach Ethik wichtig. Im Blick auf die große Zahl ukrainischer Kinder und Jugendlicher in den Schulen wird nun orthodoxer n Religionsunterricht wichtig.

3. Eines der Themen, das in der Arbeit der nächsten Jahre besonderer Aufmerksamkeit bedarf, ist der neu erstarkende **Antisemitismus** in Gesellschaft und Schule (siehe bspw. documenta fifteen). Hier arbeitet das RPI intensiv mit dem Sara-Nussbaum-Zentrum für jüdisches Leben in Kassel, der Anne Frank Bildungsstätte in Frankfurt und dem Hessischen Kultusministerium zusammen.

4. Viele der bereits genannten Themen spiegeln sich auch im Bereich **Konfi-Arbeit** wider. Digitale Zugänge (z.B. KonApp und Actionbound) werden in Fortbildung, Beratung und Materialentwicklung unterstützt. Die Zukunftsfähigkeit der Konfi-Arbeit stellt insbesondere mit dem Fokus auf konfessionsfreie und „indifferent-distanzierte“ Jugendliche eine erhebliche Herausforderung dar. Außerdem rücken vor dem Hintergrund der kirchlichen Reformprozesse Kooperation und Teamarbeit in der Konfi-Arbeit in den Fokus von Beratung und Fortbildung. EKD weit wird ein Konzept für eine modulare Langzeitfortbildung erarbeitet, die von mehreren Instituten getragen wird. Neu ist die Netzwerkarbeit im Bereich „Konfi 3“ (Angebote für Kinder im 3. Schuljahr). Die Konfi-Arbeit entwickelt sich zunehmend zu dem sowohl strategisch wichtigsten als auch dem gefährdetsten Arbeitsfeld unserer Kirchen.

Fazit

Das RPI stellt sich fortlaufend neuen Herausforderungen. Dazu gehört auch ein stetiger systematischer Kompetenzaufbau auf Seiten der Studienleitungen, die fortwährende Einbeziehung von wissenschaftlichen Ergebnissen der Unterrichtsforschung und eine Förderung von sich selbst organisierenden Lerngemeinschaften vor Ort und digital. Das vergangene Jahr war daher auch gekennzeichnet durch einen erheblichen Erschöpfungsgrad der Mitarbeitenden. Denn Stelleneinsparungen wurden im Wesentlichen kompensiert durch Umverteilung der Arbeit auf die verbleibenden Stellen. Hier ist nun eine Grenze erreicht und das kann in dieser Form nicht weitergeführt werden. Damit steht das RPI vor dem Zwiespalt Einsparungen vornehmen zu sollen zugleich aber auf die genannten Herausforderungen reagieren zu müssen.

Koordinierungsgruppe des RPI (OLKRin Dr. Neebe, OKR Krützfeld), 08.09.2022



Bericht der Koordinierungsgruppe Zentrum Oekumene zur Ressourcenentwicklung (verschiedene Szenarien) zur Vorlage in der Sitzung des Kooperationsrates am 09.09.2022

Der Kooperationsrat hat in seiner 19. Sitzung am 27.06.2022 folgenden Auftrag erteilt:

„Die Koordinierungsgruppen ZOE und rpi werden gebeten, verschiedene Einsparerszenarien zu erarbeiten (12 %, 15 % und 30 %) und die Folgen dieser Einsparungen auf die inhaltliche Arbeit und die Aufstellung der gemeinsamen Zentren darzustellen. Hierbei können konkrete Einsparvorschläge gemacht und deren Folgen aufgezeigt werden („wenn, dann“). Neben dem, was wegfallen würde, sollten aber auch Perspektiven für die künftige Arbeit entwickelt werden. Auch ein Blick auf die EKD ist wichtig.“

Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen ist der Bericht der Koordinierungsgruppe Zentrum Oekumene der dem Kooperationsrat in seiner 19. Sitzung am 27.06.2022 vorgelegen hat und in dem ausführlich zu den Hintergründen notwendiger Entscheidungen und den Entwicklungen im Zentrum Oekumene Stellung bezieht.

Drei Szenarien und die damit verbundenen Konsequenzen und notwendigen Entscheidungen werden ausgeführt. Alle drei Szenarien gehen von folgenden Grundannahmen aus:

- die Personalkosten liegen bei ca. 76 % des Gesamthaushaltes und sind die maßgebliche Einsparersource;
- Einsparungen im Bereich der Sachkosten gehen einher mit Einsparungen im Personalbereich und werden nicht gesondert dargestellt;
- den Berechnungsmodellen liegt die Annahme einer jährlichen 2,5 % Kostensteigerung zugrunde;
- bei den Personalkosten wird bei Sekretariats- und Sachbearbeitungsstellen von einer durchschnittlichen Eingruppierung in E7, bei Referent*innen in E12 bzw. A14 ausgegangen;

Die Planansätze für das Haushaltsjahr 2022 stellen sich wie folgt dar:

1.971.207 EUR Personalkosten (dabei sind die von Brot für die Welt finanzierten Stellen [1,0 E12, 0,5 E10 und 0,5 E6] rausgerechnet)

434.185 Sachkosten (Zuschüsse und Einnahmen bereits rausgerechnet)

180.000 EUR 100% EKHN (Miete u.a.)

Grundsätzliche Überlegungen im Rahmen der Szenarien

In den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen wird künftig die Sprach-, Auskunfts- und Dialogfähigkeit in zunehmend säkularen, multikonfessionellen, multireligiösen und interkulturellen Kontexten auf allen Ebenen von Kirche (Gemeinden – Kirchenkreise | Dekanate – Gesamtkirche) von zentraler und wichtiger Bedeutung für die Profilierung und Wahrnehmung kirchlicher Präsenz sein. Diese Aufgaben werden vor allem im Fachbereich Konfessionen – Religionen – Weltanschauungen und in der Stelle „Interkulturelle und Diversity Bildung“ wahrgenommen. Alle Themenfelder sind singular besetzt und eignen sich aus Sicht der Koordinierungsgruppe nicht für Stelleneinsparungen. Auch gibt es auf Ebene der EKD keine Einrichtungen, die dies wahrnehmen und mit Referent*innen auch regional oder lokal vor Ort sein könnten.

Bildungsarbeit, die den Konzepten und Anliegen des Globalen Lernens verbunden ist, gehört einerseits zum Kernbestand ökumenischen Handelns. Mit derzeit 2 Stellen und Bildungsanteilen in den Stellen der Partnerschaftsreferent*innen und des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, eröffnen sich andererseits Möglichkeiten zur Konzentration des Arbeitsfeldes.

Die ökumenischen Direktpartnerschaften mit Kirchen in Afrika, Asien, Europa und den USA gehören für beide Kirchen zum Kernbestand ihres ökumenischen Profils und stehen grundsätzlich nicht in Frage. Die zentrale Bedeutung dieser Beziehungen spiegelt sich in der gegenwärtigen Struktur des Zentrums Oekumene mit einer Regionalstelle im Landeskirchenamt in Kassel und im Umfang von 4,5 Stellen wider. Dieses Aufgabenfeld könnte künftig neu strukturiert und konzentrierter aufgestellt werden. Auch könnten die Missionswerke in denen EKHN und EKKW Mitglieder sind, stärker als Ressourcen genutzt werden; allerdings liegen beide Kirchen „am Rande“ und die Wege von Stuttgart und Wuppertal sind weit. Die gegenwärtige weltpolitische Lage, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der anhaltende Nahostkonflikt und die weiteren Krisen- und Kriegsregionen weltweit erfordern fachliche Ressourcen wenn sich unsere beiden Kirchen weiterhin auf dem Weg sehen, Kirchen des gerechten Friedens zu werden. Gegenwärtig sind im Zentrum Oekumene eine Pfarrstelle für Friedensarbeit und eine Referentenstelle für Friedensbildung mit diesen Themenfeldern beauftragt. Perspektivisch könnten Elemente des globalen Lernens in der Stelle der Friedensbildung aufgenommen werden.

Leitung, Geschäftsführung, Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit sind mit 2,67 Stellenanteilen an der unteren Grenze. Mit der Stelle der Leitung ist gegenwärtig zugleich die Aufgabe des / der Ökumenereferent*in der EKHN verbunden und steht damit nur anteilig als Leitung des Zentrums Oekumene zur Verfügung. Mit der Neubesetzung der Leitungsstelle ist dies erneut zu überprüfen. Ein Stellenanteil für die stellvertretende Leitung ist nicht vorgesehen und erfolgt als Zusatzauftrag.

In den Aufgabenfeldern im Bereich Sekretariat, Sachbearbeitung und Öffentlichkeitsarbeit ist davon auszugehen, dass durch die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen, Bildungsangeboten und Internationaler Begegnungen die Anforderungsprofile künftig ändern und mit den Stellen höherwertige Tätigkeiten verbunden sein werden. Um dies aufzufangen, wird von einer zusätzlichen Einsparnotwendigkeit ausgegangen (in der Tabelle mit 0,8 ausgewiesen). Im Bereich der Leitung, Geschäftsführung und zentralen Dienste ist gegenwärtig ein Modell in Erprobung, das zu einer Stellenreduktion der Sekretariate / Sachbearbeitung von 0,45 Stellenanteilen führt (aktuell unbesetzt). Jedem Referenten und jeder Referentin ist ein Sekretariatsanteil von 0,2 Stellenanteilen zugeordnet. Stellenkürzungen im Bereich der Referent*innen wirkt sich entsprechend bei Sekretariaten / Sachbearbeitung aus.

In den konzeptionellen Überlegungen unberücksichtigt bleiben die Aufgabenbereiche Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe. Diese Bereiche sind zu 100% refinanziert.

Entwicklung des Stellenplans im Rahmen der 3 Szenarien:

	Stellenplan 2022	Stellenplan 2030			Zusätzl. Einsparung
		12% Einsparung	15% Einsparung	30% Einsparung	
Leitung, Referentinnen und Geschäftsführung	17	15 (-2)	14,5 (-2,5)	12 (-5,0)	---
Sekretariat und Sachbearbeitung	6,603	5,803 (-0,8)	5,603 (-1,0)	4,603 (-2,0)	-0,8

Szenario 1: 12% Einsparung bis 2030

Eine moderate jährliche 1% Budgeterhöhung hätte bis 2030 eine Einsparung in Höhe von ca. 12 % zur Folge (20% Kostensteigerung - pro Jahr 2,5% / abzüglich 8% Budgeterhöhung - pro Jahr 1%). Es wird eine Stellenreduzierung im Umfang von 2 Referent*innen und 1,6 Stellen im Bereich der Sekretariate / Sachbearbeitung wie folgt vorgeschlagen:

Referent*innen:

1,0 Stelle Angebote Globalen Lernens an Kasseler Schulen (gegenwärtig auf Grund Ruhestandsversetzung des Stelleninhabers vakant; Dienstsitz: Regionalstelle Kassel);

1,0 Stelle im Bereich der Partnerschaftsreferent*innen durch Neuverteilung der Aufgaben auf die verbleibenden 3,5 Stellen (im Rahmen von Ruhestandsversetzungen ab 2023 möglich) oder durch Implementierung der Aufgabenfelder des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in die Stellen der Partnerschaftsreferent*innen (im Rahmen von Ruhestandsversetzungen ab 2023 möglich).

Sekretariate / Sachbearbeitung:

0,45 Stellen im Rahmen des gegenwärtigen Modellversuches;

0,4 durch Wegfall von 2 Referent*innen;

0,75 durch Konzentration der Stellenanteile Sachbearbeitung HfO, ABP und Partnerschaftsreisen (aktuelle 1,0 Stellenanteile) und weiteren Umverteilungen im Bereich der den Referent*innen zugeordneten Sekretariate und Sachbearbeitungen.

Szenario 2: 15% Einsparung bis 2030

Eine moderate jährliche 0,6 % Budgeterhöhung hätte bis 2030 eine Einsparung in Höhe von ca. 15 % zur Folge (20% Kostensteigerung - pro Jahr 2,5% / abzüglich 4,8% Budgeterhöhung - pro Jahr 0,6%).

Es wird eine Stellenreduzierung im Umfang von 2,5 Referent*innen und 1,8 Stellen im Bereich der Sekretariate / Sachbearbeitung wie folgt vorgeschlagen:

Referent*innen:

1,0 Stelle Angebote Globalen Lernens an Kasseler Schulen (gegenwärtig auf Grund Ruhestandsversetzung des Stelleninhabers vakant; Dienstsitz: Regionalstelle Kassel);

1,5 Stellen im Bereich der Partnerschaftsreferent*innen durch Neuverteilung der Aufgaben auf die verbleibenden 3,0 Stellen (im Rahmen von Ruhestandsversetzungen ab 2023 möglich) oder durch Implementierung der Aufgabenfelder des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in die Stellen der Partnerschaftsreferent*innen und von 0,5 Stellenanteilen im Bereich der Partnerschaftsreferent*innen (im Rahmen von Ruhestandsversetzungen ab 2023 möglich).

Sekretariate / Sachbearbeitung:

0,45 Stellen im Rahmen des gegenwärtigen Modellversuches;

0,5 durch Wegfall von 2,5 Referent*innen;

0,85 durch Konzentration der Stellenanteile Sachbearbeitung HfO, ABP und Partnerschaftsreisen (aktuelle 1,0 Stellenanteile) und weiteren Umverteilungen im Bereich der den Referent*innen zugeordneten Sekretariate und Sachbearbeitungen.

Szenario 3: 30% Einsparung bis 2030

Eine jährliche 1,25 % Kürzung des Budgets hätte bis 2030 eine Einsparung in Höhe von ca. 30 % zur Folge (20% Kostensteigerung - pro Jahr 2,5% / zuzüglich 10% Budgetkürzung - pro Jahr 1,25%).

Es wird eine Stellenreduzierung im Umfang von 5 Referent*innen und 2,8 Stellen im Bereich der Sekretariate / Sachbearbeitung wie folgt vorgeschlagen:

Referent*innen:

Eine Reduzierung um 5 Referent*innen ist nur durch grundlegende Eingriffe in die derzeitigen Strukturen, Themen- und Aufgabenfelder möglich.

2,0 Stellen im Rahmen der Aufgabe der Regionalstelle im Landeskirchenamt in Kassel (entgegen den vertraglichen Grundlagen die eine Regionalstelle in Kassel vorsehen): 1,0 Stelle Angebote Globalen Lernens an Kasseler Schulen; 1,0 Stelle für die landeskirchlichen Partnerschaften der EKKW und Integration der Aufgaben in die Stellen der Beauftragten für die Partnerschaften Asien, Afrika und Europa/USA (durch Vakanz und anstehende Ruhestandsversetzung ab 2023 schrittweise möglich).

0,5 Stelle Kirchliche Partnerschaften EKKW-Süd; Integration der Aufgaben in die dann verbleibenden 3,0 Stellen Kirchliche Partnerschaften Afrika, Asien und Europa/USA (derzeit befristete Besetzung).

1,0 Stelle Kirchlicher Entwicklungsdienst; Teilaspekte der Aufgaben können in geringem Maße in die Arbeitsbereiche der Partnerschaftsreferent*innen integriert werden (durch Ruhestandsversetzung ab 2023 möglich).

1,5 Stellen Referent*in im Bereich Frieden und Globales Lernen (derzeit 1,0 Stelle Referent*in Globales Lernen; 1,0 Pfarrstelle für Friedensarbeit; 1,0 Referent*in Friedensbildung) und damit verbunden der weitgehende Ausstieg aus dem Themenfeld des Globalen Lernens (durch befristete Beauftragungen, Umverteilung von Aufgaben und anstehende Ruhestandsversetzung ab 2025 schrittweise möglich).

Sekretariate / Sachbearbeitung:

0,45 Stellen im Rahmen des gegenwärtigen Modellversuches;

1,0 durch Wegfall von 5 Referent*innen;

1,35 Auflösung der Referent*innen und fachbereichsbezogenen Sekretariats- und Sachbearbeitungsanteile sowie Konzentration der Stellenanteile Sachbearbeitung HfO, ABP und Partnerschaftsreisen.

OLKRin Claudia Brinkmann-Weiß, OKR Detlev Knoche – 26. August 2022

Bericht der Koordinierungsgruppe des Religionspädagogischen Institutes der EKKW und der EKHN zur Ressourcenentwicklung (verschiedene Szenarien)

Der Kooperationsrat hat in seiner 19. Sitzung am 27.06.2022 folgenden Auftrag erteilt: „Die Koordinierungsgruppen ZOE und rpi werden gebeten, verschiedene Einspar szenarien zu erarbeiten (12 %, 15 % und 30 %) und die Folgen dieser Einsparungen auf die inhaltliche Arbeit und die Aufstellung der gemeinsamen Zentren darzustellen. Hierbei können konkrete Einsparvorschläge gemacht und deren Folgen aufgezeigt werden („wenn, dann“). Neben dem, was wegfallen würde, sollten aber auch Perspektiven für die künftige Arbeit entwickelt werden. Auch ein Blick auf die EKD ist wichtig.“

Das vorliegende Papier entwickelt drei Szenarien parallel zu dem Papier des ZÖ vom 26.08.22 und geht daher von folgenden Grundannahmen aus:

- die Personalkosten liegen bei ca. 80% des Gesamthaushaltes und sind die maßgebliche Einsparressource;
- Einsparungen im Bereich der Sachkosten gehen einher mit Einsparungen im Personalbereich und werden nicht gesondert dargestellt;
- den Berechnungsmodellen liegt die Annahme einer jährlichen 2,5 % Kostensteigerung zugrunde;
- bei den Personalkosten wird bei Sekretariats- und Sachbearbeitungsstellen von einer durchschnittlichen Eingruppierung in E6, bei Studienleitungen (zukünftig generell) in A14 ausgegangen;

Für das Haushaltjahr 2022 ergibt sich ein Gesamtbudget ohne Zuweisungen und eigenerwirtschaftete Erträge von 2.497.934 € (EKKW-Anteil= 832.645 €; EKHN-Anteil=1.665.289 €)

Die voraussichtlichen Aufwendungen teilen sich wie folgt auf:

Ca. 2.223.000€ auf Personalkosten und

Ca. 450.000€ auf Sachkosten

Grundsätzliche Überlegungen im Rahmen der Szenarien

1. In den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen wäre es ein mutiger und konsequenter Schritt, wenn beide Kirchen (EKKW und EKHN) im Bereich der schulischen Bildung deutlich investieren würden. Religion ist heute für eine zunehmende Zahl von Menschen ein immer weniger relevanter Teil ihres Lebens. Die Schule ist für Kinder und Jugendliche zunehmend der einzige Zugang zu religiöser Bildung. **In der Schule kommen von den Kirchen beauftragte Lehrkräfte und Pfarrer*innen ins Gespräch mit Kindern und Jugendlichen aller gesellschaftlichen Gruppen und Schichten und in allen Facetten religiöser oder nicht-religiöser Prägung.**

Kinder und Jugendliche

- werden für religiöse Lebensfragen sensibilisiert,
- erwerben eine Grundlage an Wissen,
- sind damit auf ihrem zukünftigen Lebensweg ansprechbar auf religiöse Fragen,
- erwerben ggf. eine positive Grundhaltung zu Kirche,
- bleiben offen für religiöse Deutungsangebote und
- erlangen eine Grundkompetenz, ihr Leben in einer zunehmend säkularen, multikonfessionellen, multi-religiösen und interkulturellen Gesellschaft zu gestalten.

Dazu bedarf es der Entwicklung, Stärkung und Begleitung eines dialogisch strukturierten Religionsunterrichtes, den die Kirchen mitverantworten und mitgestalten. Die Stärkung religiöser Bildung in den Schulen führt auch zu einer höheren Kirchenbindung der Religions-Lehrkräfte und ermöglicht kirchliche Präsenz in offenen gesellschaftlichen Räumen.

Die Unterstützungssysteme der Kirchen, im Wesentlichen das Religionspädagogische Institut, stabilisieren gleichzeitig auch die Angebote kircheneigener Bildungsarbeit im Kinder- und Jugendbereich, besonders die Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden, die ein wichtiger Bereich der kirchlichen Jugendarbeit darstellt. Die Selbstverständlichkeit der Teilnahme an der Konfi-Arbeit ist bereits deutlich in Frage gestellt und droht sich aufzulösen. Will Kirche die **Konfi-Arbeit** stabilisieren, bedarf es starker und kompetenter personaler Expertise und intensiver Begleitung der Gemeinden, Dekanate und Kirchenkreise, sowie der Kooperationsräume. Das RPI hält hier 2,0 Stellen vor, rechnerisch für jede Landeskirche eine Stelle. Eine Kürzung dieser Stellen gefährdet die Konfi-Arbeit in unseren Kirchen, denn es sind die einzigen Stellen, die EKKW und EKHN im hauptamtlichen Bereich zur Förderung und Unterstützung der Konfi-Arbeit in den Kirchengemeinden bereitstellen.

2. Bei den synodalen Beratungen und Beschlussfassungen zur Schaffung eines gemeinsamen Religionspädagogischen Institutes ist es der ausdrückliche Wille beider Synoden gewesen, ein gemeinsames Institut **mit integraler Regionalstruktur** zu schaffen. Damit sollten inhaltlich wie strukturell Synergieeffekte geschaffen werden. Diese **Regionalstruktur** wäre durch weitere Kürzungen der Personalressourcen massiv gefährdet. In den Regionen Fritzlar, Nassau, Mainz und Marburg würde eine Stellenkürzung unmittelbar die Schließung der jeweiligen Regionalstelle bedeuten.

Ein Wegfall oder eine starke Reduktion der Regionalstruktur bedeutet aber auch den Wegfall zwingend notwendiger Aufgaben und Dienstleistungen, die das RPI für beide Landeskirchen erbringt:

- a) Große Teile der religionspädagogischen Vikar*innenausbildung liegen bei den regionalen Studienleitungen des RPI. Bei Kürzungen der Stellen im RPI müsste über eine Verlagerung dieser Aufgabe nachgedacht werden.
- b) In der EKKW erfüllen die regionalen Studienleitungen eine Reihe von zentralen Aufgaben für das Schulreferat, da es hier – anders als in der EKHN – keine regionalen Kirchlichen Schulämter gibt.
- c) Die Regionalstellen in der EKKW sind für die Durchführung der Vokationstagungen verantwortlich.
- d) Über die Regionalstruktur leistet das RPI eine Begleitung der neuen Kooperationsräume und Nachbarschaftsräume, sowie der evangelischen Schulen (in der EKKW). Diese Betreuung könnte nicht mehr stattfinden.

3. Weitere Stellenkürzungen gefährden sowohl die Dienstleistungen, die das RPI für die Kirche erbringt, als auch die Zusammenarbeit mit dem Staat im Rahmen der „Res Mixta“ des Religionsunterrichtes nach § 7 Abs.3 GG.

Große Teile des Aufgabenportfolios des RPI sind auf Grund des föderalistischen Bildungssystems unabdingbare Aufgaben der jeweiligen Kirche und bedürfen spezieller Kompetenzen und einer Expertise, die in den eigenen Strukturen vorgehalten werden sollte, bzw. wie in Hessen unabdingbar vorgehalten werden muss:

- a) Die Ausbildung neuer Religionslehrkräfte im Auftrag des HKM in den Weiterbildungskursen.
- b) Die Expertisen zu jeder Form der curricularen Entwicklung des Faches Religion in den unterschiedlichen Schulformen, sowie die Mitwirkung an der Erarbeitung von Lehrplänen, Prüfungsordnungen, Fachkommissionen und anderen Bestandteilen des schulischen Rechts in Bezug auf den Religionsunterricht
- c) Die Mitwirkung (derzeit Federführung) in der Abiturkommission des Landes Hessen, d.h. in der Organisation des Zentralabiturs im Fach Religion. Dazu gehören auch die Angebote des Abiturtrainings und des Aufgabenpools für mündliche Abituraufgaben.

d) Die Zusammenarbeit mit den Staatlichen Studienseminaren in der Lehrer*innenausbildung in allen Schulformen.

Diese **Dienstleistungen** sind in der Regel nicht über Strukturen anderer Landeskirchen zu erbringen. In diesem Bereich gibt es daher keinen Kürzungsspielraum:

- Berufsschule (0,5 Stellen – bereits von 1,0 reduziert);
- Sekundarstufe II (0,75 – bereits von 1,0 reduziert);
- Sekundarstufe I (0,75 – bereits von 1,0 reduziert);
- Förderschule (0,5) und
- Grundschule (1,5 bereits von 2,0 reduziert).

Diese Stellenanteile sind an der untersten Grenze angelangt. Eine Reduktion ist nicht mehr möglich, wenn die notwendigen Aufgaben wahrgenommen werden sollen.

Es fehlt zudem im RPI nach bereits erfolgten Einsparungen eine wichtige Zukunftsressource: die Expertise für Medienbildung, eines der wichtigsten Arbeitsfelder der Zukunft. Es gibt ebenso wenig eine Hauptamtlichkeit für Öffentlichkeitsarbeit.

Im Bereich Sekretariat und Sachbearbeitung ist davon auszugehen, dass durch die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und Bildungsangeboten die Anforderungsprofile sich künftig ändern und mit den Stellen höherwertige Tätigkeiten verbunden sein werden. Um dies aufzufangen, wird von einer zusätzlichen Einsparnotwendigkeit ausgegangen. Der vergleichsweise hohe Anteil an Sekretariatskräften im RPI ergibt sich aus der Notwendigkeit der Betreuung von neun regionalen Bibliotheken inkl. der notwendigen Aufrechterhaltung von verlässlichen Öffnungszeiten.

Komplementäre Kooperation: Im Rahmen der Alpika-Institute und der BESRK wird zurzeit das Konzept der „Komplementären Kooperation“ diskutiert. Es wird zur Zeit geprüft, welche Aufgaben von bestimmten Instituten für andere übernommen werden können. Diese Diskussion hat gerade erst begonnen. Allerdings gibt es einige Rahmenbedingungen, die allzu hohe Erwartungen – besonders im Blick auf Einsparmöglichkeiten - dämpfen:

- a) jedes Institut hat die jeweiligen spezifischen Bedingungen zu beachten, die durch den Föderalismus des Bildungswesens in Deutschland vorgegeben sind und
- b) die Arbeitsfelder, die im Kontext der Komplementären Kooperation aufgegeben werden könnten, sind letztlich in allen Instituten auf EKD Ebene weitgehend dieselben und dann hilft auch Arbeitsteilung nicht mehr weiter.

Erfolgsversprechend erscheint diese „Komplementäre Kooperation“ allerdings bspw. bei dem Projekt einer gemeinsamen modulorientierten Langzeitfortbildung für die Konfi-Arbeit und dem überregional verantworteten und geplanten Tag der BBS: „Beruf trifft Religion“.

Entwicklung des Stellenplans im Rahmen der 3 Szenarien:

	Stellenplan 2022	Stellenplan 2030		
		12% Einsparung	15% Einsparung	30% Einsparung
Leitung, Studienleitungen und Geschäftsführung	19	16 (-3)	16 (-3)	13 (-6,0)
Sekretariat und Sachbearbeitung	12,12	11,12 (-1)	8,62 (-3,5)	5,62 (-6,5)

Die vorgelegten Szenarien gehen von einer Kostensteigerung von jährlich 2,5 % aus. Diese Zahl erscheint angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung rein fiktiv. Die reale Teuerungsrate dürfte im Blick auf 2030 um ein Vielfaches höher ausfallen.

Szenario 1: 12% Einsparung bis 2030

Eine moderate jährliche 1% Budgeterhöhung hätte bis 2030 eine Einsparung in Höhe von ca. 12 % zur Folge (20% Kostensteigerung - pro Jahr 2,5% / abzüglich 8% Budgeterhöhung - pro Jahr 1%). Eine sich daraus ergebende Stellenreduzierung im Umfang von 3 Studienleitungen und 1 Stelle im Bereich der Sekretariate / Sachbearbeitung / Bibliotheken hätte zur Konsequenz:

Studienleitungen:

1,0 Stelle (Fulda/ Förderschule – Inklusion)

50 % Regionalstelle Fulda

Fulda wird zu einer auf eine Studienleitung reduzierte Regionalstelle trotz der Vereinbarung mit dem Bistum Fulda über das gemeinsame Betreiben und Verantworten des Hauses der Religionspädagogik in Fulda und den besonderen Herausforderungen der ev. Diaspora.

50 % Förderschule / Inklusion

Diese Expertise fällt im RPI ersatzlos weg.

1,0 Stelle (Vikarsausbildung EKKW / Weiterbildung)

50 % Vikarsausbildung EKKW

50 % Weiterbildungskurs

Diese Fachlichkeiten können nicht wegfallen. Eine Lösung ist noch nicht ersichtlich.

1,0 Stelle (Darmstadt / EHD und Krisenseelsorge)

50 % Regionalstelle Darmstadt

Darmstadt wird zu einer Ein-Personenstelle. Diese hätte dann neben der gesamten regionalen Verantwortung auch die gesamten Aufgaben im Bereich berufsbildender Schulen in Hessen und Rheinland-Pfalz zu tragen hätte.

50 % Master EHD / Krisenseelsorge an Schulen

Der „Master“ an der EHD müsste geschlossen werden.

Für die Krisenseelsorge ist noch keine Lösung ersichtlich.

Sekretariate / Sachbearbeitung:

1,0 Stelle wird reduziert.

Szenario 2: 15% Einsparung bis 2030

Eine moderate jährliche 0,6 % Budgeterhöhung hätte bis 2030 eine Einsparung in Höhe von ca. 15 % zur Folge (20% Kostensteigerung - pro Jahr 2,5% / abzüglich 4,8% Budgeterhöhung - pro Jahr 0,6%). Eine sich daraus ergebende Stellenreduzierung im Umfang von 3 Studienleitungen und 3,5 Stellen im Bereich der Sekretariate / Sachbearbeitung / Bibliotheken hätte zur Konsequenz:

Zusätzlich zu den in Szenario 1 aufgelisteten Einsparungen:

Sekretariate / Sachbearbeitung:

2,5 Stellen werden reduziert.

Szenario 3: 30% Einsparung bis 2030

Eine jährliche 1,25 % Kürzung des Budgets hätte bis 2030 eine Einsparung in Höhe von ca. 30 % zur Folge (20% Kostensteigerung - pro Jahr 2,5% / zuzüglich 10% Budgetkürzung - pro Jahr 1,25%).

Es wäre eine Stellenreduzierung im Umfang von 6 Studienleitungen und 6,5 Stellen im Bereich der Sekretariate / Sachbearbeitung / Bibliothek notwendig. Dies ist auf der konzeptionellen Grundlage eines RPI mit integrierter Regionalstruktur nicht realisierbar. Das derzeit existierende RPI würde nicht weiterbestehen können. Die religionspädagogische Arbeit müsste völlig neu konzipiert werden. Dabei wäre unbedingt zu berücksichtigen, dass es in der EKKW keine weiteren Ressourcen in diesem Arbeitsbereich gibt, während für die EKHN andere Einrichtungen mit in den Blick zu nehmen wären.

Koordinierungsgruppe des RPI

Dr. Gudrun Neebe / OKR Sönke Krützfeld

9.9.22